

*Walther Kindt*

## Argumentation und Konfliktaustragung in Äußerungen über den Golfkrieg

Vor dem Hintergrund der seinerzeit in Deutschland vorherrschenden friedenspolitischen Überzeugungen hatte die Diskussion über den Golfkrieg Anfang 1991 eine besondere Brisanz. Der öffentlich ausgetragene erregte Streit über die Berechtigung des Krieges demonstrierte in außergewöhnlicher Kompaktheit, welche argumentativen Mittel politischen Diskussionen zugrunde liegen. Ziel dieses Aufsatzes ist es, den Gebrauch solcher Mittel anhand von Materialbeispielen bewußt zu machen und ihre kommunikative Funktion zu charakterisieren. Dabei zeigt sich, daß viele Kommunikationsteilnehmer in starkem Maße dazu neigen, manipulative Argumentationstechniken einzusetzen und die Sachauseinandersetzung mit typischen Verfahren der Konfliktaustragung zu überlagern.

### *1. Einleitung*

Der Ausbruch des Golfkriegs Anfang des Jahres 1991 erschütterte die Menschen in vielen Teilen der Welt und führte auch in Deutschland zu erregten Diskussionen. „Wie stehst du zu diesem Krieg? Ist er legitim oder nicht?“ hieß die immer wieder formulierte Frage. Sie erreichte auch die Hochschulen, und man erwartete von dort eine hilfreiche Antwort. So fand z. B. an der Universität Bielefeld eine kurzfristig angesetzte Vortragsreihe über den Golfkrieg statt, die mit den Worten angekündigt wurde: „Es steht außer Zweifel, daß die Wissenschaft in ihrer Aufklärungsfunktion und ihrer Verantwortung augenblicklich in besonderer Weise herausgefordert ist.“ Aber kann die Linguistik einer solchen Herausforderung gerecht werden? Sicherlich, die seit Kriegsbeginn zu beobachtende Polarisierung der Öffentlichkeit in ein Pro- und in ein Antikriegslager war in starkem Maße kommunikativ vermittelt, und die Untersuchung derartiger Vermittlungsprozesse gehört in den Zuständigkeitsbereich der Linguistik. Aber ist diese Disziplin auch kurzfristig in der Lage, zu fundierten Aussagen über solche Prozesse zu gelangen? Ich beschloß, die Probe aufs Exempel zu machen, kündigte einen Vortrag für die Veranstaltungsreihe an und sammelte eine Woche lang entsprechende Zeitungsartikel, Leserbriefe und Einzeläußerungen aus Fernsehsendungen. Die gesammelten Daten analysierte ich unter der Fragestellung, mit welchen Mitteln für oder gegen den Golfkrieg argumentiert wird und welche verbalen Konfliktstrategien dabei zum Einsatz kommen. Vorgehensweise und Resultate meiner Untersuchung sind im folgen-

den dargestellt. Aber im Vorgriff auf das spätere Fazit darf ich wohl jetzt schon sagen: Die Untersuchung zeigt, daß eine linguistisch begründete Bewertung von kommunikativem Verhalten in Argumentationen und Konfliktaustragungen unter bestimmten Aspekten auch kurzfristig möglich ist. Darüber hinaus können und sollten die Ergebnisse entsprechender Untersuchungen langfristig dazu beitragen, die oftmals kruden und ineffektiven Formen argumentativer Auseinandersetzungen positiv zu verändern, sie humaner zu gestalten<sup>1</sup>. Und da Wissenschaft von der Gesellschaft unter Einsatz großer Mittel gefördert wird, besteht auch die Verpflichtung, Ereignisse wie den Golfkrieg zum Anlaß zu nehmen, linguistische Erkenntnisse zugunsten einer Verbesserung der gesellschaftlichen Praxis einzubringen.

## 2. Fragestellung und Untersuchungsprogramm

Auch in Rückschau auf den Golfkrieg bleiben viele mit ihm zusammenhängende Erscheinungen erklärungsbedürftig. Zum Beispiel wäre es interessant zu wissen, welchen Einfluß die in den Medien präsentierten Informationen auf die Reaktionen von Bürgern/innen in unserem Land ausgeübt haben: Man denke an die zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen, an die in Leserbriefen, Anzeigen und öffentlichen Streitgesprächen formulierten Meinungsäußerungen, an die Absage klassischer Veranstaltungen deutschen Frohsinns in der Karnevalszeit etc. Sind wir möglicherweise, ohne es zu merken, durch ein gezielt inszeniertes Medienspektakel zur indirekten Partizipation am Golfkrieg gezwungen worden? Und gab es neben den Kriegshandlungen im engeren Sinne so etwas wie einen „Kommunikationskrieg“? Eine präzise Antwort auf solche Fragen darf man von einer linguistischen Untersuchung mit der Anwendung begrenzter sprachanalytischer Methoden zwar nicht erwarten, aber es läßt sich feststellen, ob die Begleitkommunikation zum Golfkrieg, in der seine Legitimation zur Debatte stand, ausreichend rationale Begründungen für die unterschiedlichen Positionen enthält, ob eine faire Auseinandersetzung mit Personen stattfindet, die andere Meinungen vertreten als man selbst, und inwieweit Ziele verfolgt werden, die nicht der Sachklärung, sondern z. B. der Meinungsmanipulation dienen.

Die zuletzt genannten Fragen können im Rahmen eines Untersuchungsprogramms behandelt werden, das ich – unabhängig von der Golfkriegsthematik – seit einiger Zeit mit dem Ziel verfolge, eine empirisch fundierte Theorie der

1 Angesichts der tödlichen Auswirkungen des Golfkriegs ist es gut, sich daran zu erinnern, daß mit dem Wort „human“ nicht die faktischen, vielfach grausamen Handlungen, sondern das positive Verhaltenspotential von Menschen gemeint ist.

Alltagsargumentation zu entwickeln (vgl. Kindt 1988, 1992)<sup>2</sup>. Zu diesem Programm gehören u. a. die folgenden vier Untersuchungsschritte.

1) Ein *erster* Untersuchungsschritt verlangt die Analyse natürlichsprachiger Argumentationen unter der Aufgabenstellung, daß besonders wichtige und häufig wiederkehrende Argumentationsfiguren identifiziert werden. Dies ist eine Aufgabe der linguistischen Kommunikations- und Textanalyse. Bei ihrer Durchführung wird deutlich, daß die natürlichsprachige Kommunikation spezifische soziale Organisationsformen für Argumentationen, im Anschluß an Aristoteles (vgl. etwa 1980) auch Topoi genannt, entwickelt hat, die sich von den in der modernen Logik diskutierten Organisationsformen stark unterscheiden, und deren logische Strukturen bei konkreten Anwendungen weitgehend implizit bleiben und/oder unvollständig realisiert sind. Die beiden Eigenschaften der Impliztheit und Unvollständigkeit entsprechen zwar einem generellen Ökonomieerfordernis von Kommunikation. Für Argumentationen, in denen es um zentrale Lebensentscheidungen unserer Gesellschaft geht, sind sie aber dysfunktional. Da natürlichsprachige Argumentationen in der Linguistik erst seit kurzer Zeit intensiver empirisch untersucht werden, bedarf es noch vieler Analysen, um einen vollständigen Überblick über die relevanten Argumentationsfiguren zu gewinnen. Zugleich muß die Wichtigkeit der Identifizierungsaufgabe betont werden: Erst wenn wir die betreffenden Figuren benannt und ihre sprachlichen Indikatoren beschrieben haben, sind wir in der Lage, die zugehörigen argumentativen und konfliktbezogenen Mechanismen zu erklären.

2) Der *zweite* Untersuchungsschritt beinhaltet die Aufgabe, die logische Struktur identifizierter Argumentationsfiguren zu ermitteln. Eine Kenntnis dieser Struktur ist nämlich die Voraussetzung dafür, daß die Korrektheit konkreter Anwendungen einer Figur überprüft werden kann. Und erst mit einer verbesserten Prüfungskompetenz erwirbt man die generelle Fähigkeit, sich gegen inkorrekte Argumentationen von Kommunikationspartnern zu wehren bzw. selber Argumentationsfehler zu vermeiden. Auch bei der logischen Analyse gängiger natürlichsprachiger Topoi steht die Argumentationsforschung noch am Anfang (vgl. auch Kienpointner 1986).

3) Im *dritten* Untersuchungsschritt geht es darum, den Zusammenhang zwischen Argumentation und Konfliktaustragung zu klären. Diese Aufgabenstellung ist in der Linguistik überhaupt noch nicht systematisch behandelt worden. Trotzdem wird nachfolgend anhand von Beispielen nachvollziehbar sein, wie Argumentationen durch implizite Vorwürfe und Drohungen von einer Konfliktaustragung überlagert werden.

4) Der *vierte* und letzte Untersuchungsschritt behandelt die Frage, welche Formen von Konfliktaustragung in der Kommunikation vorkommen und

2 Die für empirische Analysen mündlicher Argumentationen notwendigen Daten konnten im Rahmen zweier aus Mitteln der Universität Bielefeld finanzierten Projekte erhoben werden.

inwieweit Argumentation und Konfliktaustragung voneinander getrennt werden können. Auf der Basis von Ergebnissen solcher Untersuchungen (vgl. z. B. Kallmeyer 1979; Schank/Schwitalla 1987) kann man schließlich auch wissenschaftlich begründete Aussagen über die Lösung von Konflikten in Argumentationen machen.

Das so skizzierte Vier-Schritte-Programm kann ich in seinen theoretischen und empirischen Bezügen nur exemplarisch vorführen, ich werde die Schritte teilweise parallel darstellen und zum vierten Schritt nur wenig sagen. Außerdem beziehe ich mich der Einfachheit halber nur auf eine kleine Auswahl von Äußerungen aus meiner Materialsammlung. Ihre Herkunft ist jeweils in den Quellenangaben dokumentiert. Selbst diese kleine Auswahl macht aber deutlich, daß in den Argumentationen über den Golfkrieg eine große Zahl gängiger Argumentations- und Konflikttechniken angewendet bzw. stereotyp reproduziert wird, die es genauer zu studieren lohnt.

### 3. Theoretischer Rahmen und Analysemethoden

Der in Abschnitt 5 analysierte Kommentar endet mit den Worten *In der Demokratie gilt es, Flagge zu zeigen, Argumente zu hören, einen Standpunkt mutig zu vertreten. Nicht nur im Kreise Gleichgesinnter.* Diese alltagstheoretische Einschätzung des Kommentators deutet schon darauf hin, daß für die Analyse von Texten oder Gesprächen, die sich mit strittigen Themen wie dem Golfkrieg befassen, ein argumentationstheoretischer Rahmen im engeren Sinne nicht ausreicht. Neben dem Einbringen und der Beurteilung von Sachargumenten spielen nämlich noch andere Faktoren, z. B. emotionale Zustände und Beziehungskonstellationen, eine wichtige Rolle, wenn ein bestimmter Standpunkt vorgebracht, verteidigt oder angegriffen wird. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, eine weiter ausgreifende positionsdynamische Rahmentheorie (vgl. Kindt 1992) zu entwickeln, die sämtliche für die Entstehung oder Veränderung von Positionen verantwortlichen Faktoren einbezieht.

Wie kann der auch alltagstheoretisch gebräuchliche Positionsbegriff expliziert werden? Eine auf die kollektive Realität einer sozialen Gruppe beziehbare Aussage wird dadurch zur Position eines Kommunikationsteilnehmers, daß sie zwar in seiner individuellen Realität, nicht aber kollektiv gilt (vgl. Kindt/Weingarten 1984); zugleich wird vorausgesetzt, daß die Geltung der Aussage verhandelbar ist, was u. a. für emotionale Urteile nur eingeschränkt zutrifft<sup>3</sup>. Die Entwicklung von Positionen basiert nicht zwangsläufig auf vorheriger Argumentation; oft werden sie ungeprüft von anderen Kommunika-

3. Beispielsweise würde man nicht sagen: „Ich vertrete die Position, daß dieses Bild schön ist“.

tionsteilnehmern übernommen, und ihre Akzeptanz hängt auch wesentlich von den mit ihnen verbundenen Emotionen ab (z. B. sträubt man sich gegen die Übernahme ‚unangenehmer Wahrheiten‘). Wenn in einer Kommunikation manifest wird, daß zwei Teilnehmer in einer Frage unterschiedliche Positionen vertreten, dann wird dies als ein sachbezogenes Verständigungsproblem eingeschätzt, und die Beteiligten leiten ggf. ein zugehöriges Problemlösungsverfahren ein. Bei der Durchführung des Verfahrens kann sich zwar herausstellen, daß dem Problem in Wirklichkeit keine Positionsdifferenz, sondern ein sprachliches Mißverständnis zugrunde lag (vgl. Kindt/Weingarten 1984, Kindt/Laubenstein 1991), das Auftreten eines solchen Falls spricht aber nicht gegen die Möglichkeit einer theoretischen Trennung von Sach- und Sprachproblemen und somit auch nicht gegen eine die Behandlung von Sprachproblemen ausklammernde Argumentationstheorie (vgl. Kindt 1988).

Die kommunikative Bearbeitung einer Positionsdifferenz und der mit ihr verbundenen Beurteilungsunterschiede erfolgt im allgemeinen Rahmen des Kommunikationsschemas der Positionsaushandlung (vgl. Kindt 1984) und kann das Ziel einer Positionsangleichung haben. Zentrale Komponenten in diesem Schema sind die argumentierenden Aktivitäten, auf die wir gleich noch genauer zu sprechen kommen. Sie bilden aber nur eine der verschiedenen Verfahrensmöglichkeiten, um Kontrahenten oder noch unentschlossene Kommunikationspartner zur Übernahme der eigenen Position zu motivieren, und als Motivationsgrundlage bieten sie die Hoffnung auf den Vorteil eines Wahrheitszugewinns an. Daneben muß – wie oben schon angesprochen – berücksichtigt werden, daß Positionsänderungen auch durch andere Versprechungen, z. B. durch das Angebot positiver Emotionen, erreichbar sind. Aus positionsdynamischer Perspektive kann außerdem abgeleitet werden, daß noch weitere Aufgaben anstehen: Anhänger der eigenen Position sind zu stabilisieren, d. h. für eine Positionsbeibehaltung, z. B. durch Belobigung, emotional zu belohnen, bzw. vor den negativen Konsequenzen einer Positionsänderung zu warnen; umgekehrt können ‚uneinsichtige‘ Kontrahenten emotional verunsichert oder durch Beschimpfungen bestraft werden. Die Durchführung solcher Aktivitäten steht – wie unmittelbar plausibel sein dürfte – in engem Zusammenhang mit der Anwendung kommunikativer Verfahren der Beziehungskonstitution, und somit wird insgesamt ein relativ komplexes Aktivitätsschema als Interpretationsfolie für die Analyse von Positionsaushandlungen benötigt.

Bei einer Analyse argumentierender Äußerungsanteile in Positionsaushandlungen müssen zunächst Rechtfertigungs- und Problematisierungsargumentationen voneinander unterschieden werden (für eine genauere Darstellung vgl. Kindt 1992). Für die Rechtfertigung einer Position gibt es im Prinzip drei Verfahren: Entweder wird die betreffende Aussage als unmittelbar evident deklariert (Evidenztopos), oder ihre Geltung wird durch Verweis auf eine Autorität gestützt (Autoritätstopos), oder sie wird mit Hilfe einer Schlußfigur unter Zurückführung auf bereits akzeptierte Aussagen explizit begründet. Eine

Position zu problematisieren heißt, entweder selbst eine Rechtfertigung für ihre Falschheit zu geben oder das vom Kontrahenten verwendete Rechtfertigungsverfahren als unzureichend zu kritisieren. Eine Problematisierung der zweiten Art beweist im Gegensatz zur ersten Art noch nicht die Falschheit der angegriffenen Position. Die im einzelnen bei Rechtfertigungs- und Problematisierungsargumentationen angewendeten Techniken kann ich hier nicht vollständig auflisten. Eine größere Zahl solcher Techniken ist aber schon bei Aristoteles (1980, S. 133–165) in seiner Topoi-Liste beschrieben. Diesen Beschreibungen mangelt es allerdings teilweise an Präzision, und sie sind für heutige Leser manchmal schwierig zu verstehen; zugleich liegt aufgrund eines Bruches in der Rezeption der antiken Rhetorik gegenwärtig noch kein den heutigen Analyseanforderungen entsprechender Topoi-Katalog vor (vgl. Kienpointner 1992).<sup>▽</sup> Deshalb werde ich die bei der späteren Analyse benötigten Topoi jeweils ad hoc einführen. Diese Vorgehensweise ist auch deshalb zweckmäßig, weil neben den im engeren Sinne auf Argumentation bezogenen Topoi weitere kommunikative Standardfiguren existieren, die bestimmte Aktivitäten der Positionsaushandlung und Konfliktaustragung realisieren.

Auf der Grundlage des eben skizzierten theoretischen Rahmens lassen sich nach folgendem Verfahren Materialanalysen durchführen: In einem ersten Schritt werden durch Vergleich mit der Topoi-Liste von Aristoteles bzw. mit den Ergebnissen früherer empirischer Untersuchungen die in den Texten jeweils vorkommenden Kommunikationsfiguren identifiziert. Dabei ist eine erfolgreiche Identifizierung dadurch gewährleistet, daß derartige Figuren im allgemeinen nur durch eine eng begrenzte Zahl stereotyper sprachlicher Formulierungen realisiert werden können. Als eine stereotype Realisierung des Autoritätstopos im Wissenschaftskontext kennen wir beispielsweise Formulierungen wie *Mit Aristoteles gehe ich davon aus, daß ...* Außerdem wird eine Entdeckung ‚neuer‘ Figuren mit Hilfe des Rekurrenzkriteriums möglich, d. h. daß bestimmte, in unterschiedlichen Texten stereotyp wiederholte Wendungen als Realisierungen einer kollektiv verfügbaren Figur erkannt werden.

Ein zweiter Analyseschritt betrifft die Funktionscharakterisierung von Kommunikationsfiguren. Diese Charakterisierung wird in der linguistischen Kommunikationsanalyse häufig nur interpretativ aufgrund der eigenen Sprachkompetenz vollzogen; die resultierenden Interpretationen können und sollten aber auch durch Anwendung strukturalistischer und experimenteller Methoden abgesichert werden. Beispielsweise trägt eine Verwendung des aus der Grammatiktheorie bekannten Substitutionstests dadurch zu einer Funktionsbestimmung bei, daß die Funktionsunterschiede der an einer Textstelle füreinander einsetzbaren Kommunikationsfiguren ermittelt werden. Auf solche Methoden der Funktionscharakterisierung werde ich aber nicht näher eingehen.

#### 4. Verschiedene Analyseaspekte

##### 4.1 Argumentationen zur Rechtfertigung von Handlungen

Der zentrale Unterschied in den Positionen zum Golfkrieg betraf die Frage, ob dieser Krieg eine angemessene Reaktion auf die politische Situation in der Golfregion und auf die irakische Besetzung Kuwaits war. Argumentationen über die Angemessenheit von Handlungen liegt die von Aristoteles im Topos der Konsequenz (1980: 150/151) beschriebene logische Struktur zugrunde. Dieser Topos empfiehlt, die Durchführung einer Handlung bzw. die Wahl einer möglichen Handlungsalternative von den positiven und negativen Konsequenzen abhängig zu machen, die mit der Handlung bzw. mit ihren Alternativen verbunden sind. Demzufolge ist eine Handlung, die zu viele oder zu schwerwiegende negative Konsequenzen hat, abzulehnen.

Eine solche Überlegung wurde beispielsweise in einem Flugblatt der GRÜNEN formuliert: *Es ist zu befürchten, daß der Krieg eine ganze Region und ihre Menschen vergiftet, verstrahlt, verkrüppelt, ermordet.* [1]<sup>4</sup> Dagegen machten einige Befürworter des Krieges unter Berücksichtigung der Zeitdimension (Topos der Zeit; vgl. Aristoteles 1980: 147) geltend, daß nicht nur die gegenwärtigen, unmittelbar sichtbaren, sondern auch bestimmte langfristige Konsequenzen zu bedenken seien. Die Gefahr, daß Saddam Hussein in Kürze über Atomwaffen verfüge, sei zu groß. Deshalb sei es besser, jetzt einen Krieg mit zugegebenermaßen schlimmen Folgen zu führen, um einen späteren Atomkrieg mit noch viel schrecklicheren Konsequenzen zu vermeiden (Konsequenzenabwägung nach dem Topos des kleineren Übels bzw. dem Topos „Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen“). Ein Leserbrief aus der Jungen Union deutet diese Argumentation so an: *Wer weiß denn, welche verheerenden Waffen dem irakischen Diktator in den nächsten Jahren zur Verfügung gestanden hätten?* [2] In der Tat war dies ein gewichtiges Argument. Wenn es aufgrund der vorliegenden Informationen als wahrscheinlich anzusehen war, daß der Irak in Kürze atomare Waffen besitzen und einsetzen würde, dann konnte es angemessen sein, den Zugang zu solchen bedrohlichen Waffensystemen durch militärische Aktionen zu unterbinden. Die hieraus resultierende Rechtfertigung einer militärischen Auseinandersetzung reichte aber nicht aus, um die von den USA gewählte Art der Kriegsführung mit ihren tödlichen Folgen für die Zivilbevölkerung zu legitimieren.

Zur Begründung der Unvermeidlichkeit einer militärischen Konfrontation mit dem Irak wurde auch oft der Analogietopos (Aristoteles 1980: 152) verwendet. Und zwar verglich man Saddam Hussein immer wieder mit Hitler

4 Die Quellenangaben für die folgenden Zitate (mit Nummern in eckigen Klammern) befinden sich am Schluß des Aufsatzes.

und argumentierte etwa wie der bereits zitierte Leserbrief: *In der jüngeren Geschichte läßt sich ein wohl bekanntes Beispiel dafür finden, was geschieht, wenn man einen Mann wie Hussein gewähren läßt. 1938/39 glaubte man, daß sich Hitler, der Sudetendeutschland besetzt hatte, irgendwann beruhigen würde. Diese appeasement-Politik Chamberlains hatte allerdings nur weitere aggressive Aktivitäten von seiten Hitlers zur Folge. Schließlich, als es dann nach dem Einmarsch in Polen gar nicht mehr anders ging, kam es dann doch zum verheerenden Krieg. Ein früheres Eingreifen der Briten und Franzosen hätte wahrscheinlich Schlimmeres verhindert.* [2]

Die soweit skizzierten Argumentationen für oder gegen den Golfkrieg bleiben noch auf der Ebene einer neutralen Sachauseinandersetzung und sind rational diskutierbar bzw. kritisierbar. Beispielsweise kann man den angeführten Analogieschluß anzweifeln, weil die Geltung einer kontrafaktischen historischen Aussage nicht überprüfbar ist. Hätte sich der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wirklich durch eine andere Politik verhindern lassen? Außerdem setzt die logisch korrekte Anwendung eines Analogieschlusses die Vergleichbarkeit der Situationen in allen relevanten Aspekten voraus. Aber ist die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg mit der Golfkrise zu vergleichen? Und mit welcher Sicherheit kann man sagen, daß die Persönlichkeitsstrukturen von Saddam Hussein und Hitler einander so ähnlich sind, daß die Aggressionspolitik Saddam Husseins nur durch einen Krieg zu beenden war? In einem Punkt besteht jedenfalls keine Vergleichbarkeit der Situationen (Problematisierungsmöglichkeit mit dem Topos des Unterschiedes): Auch ein vorläufiger Verzicht auf das Mittel des Krieges wäre wegen der verhängten Wirtschaftssanktionen nicht gleichbedeutend mit einer Appeasement-Politik gewesen, die Saddam Hussein den Eindruck einer konstanten Nachgiebigkeit der Amerikaner bzw. der UN gegeben hätte. Und was das Verfahren einer logisch korrekten Anwendung des Konsequenztopos selbst betrifft, so ist für den Vergleich der Angemessenheit zweier Handlungen zu verlangen, daß zunächst systematisch alle ersichtlichen positiven und negativen Konsequenzen zusammengestellt und daß sie dann nach Wahrscheinlichkeit und Relevanz gewichtet werden. Diese Gewichtungen bilden die Basis für einen anschließenden logischen Abwägungsprozeß, bei dem beispielsweise eine hochwahrscheinliche negative Konsequenz die erhoffte, aber unsichere positive Konsequenz einer Handlung stark relativiert. Ich kann hier nicht auf die Details eines solchen rationalen Abwägungsprozesses eingehen (vgl. hierzu Lumer 1990). Wichtig ist in unserem Diskussionszusammenhang aber zweierlei. Erstens werden die erforderlichen Abwägungsprozesse bei politischen Entscheidungen oft nicht mit der wünschenswerten Systematik durchgeführt. Zweitens darf man wegen möglicher Unterschiede der subjektiven Wahrscheinlichkeits- und Werturteile durch verschiedene Personen zwar nicht erwarten, daß die Abwägungsprozesse zwangsläufig zu einem Konsens über die Angemessenheit von Handlungen führen, aber bei Offenlegung der jeweiligen Gewichtungen werden zumindest die Gründe für eine unterschiedliche Hand-

Handl.  
Kriegs-  
politik

lungsbeurteilung transparent und somit nachvollziehbar gemacht. Letzteres bedeutet, daß trotz partiellem Dissens kein Konflikt, sondern eine Verständigung zwischen argumentierenden Kontrahenten zustande kommt und daß auf diese Weise in vielen Fällen emotionale Barrieren für eine Suche nach Kompromißlösungen verschwinden.

Eine Verständigung nach dem eben charakterisierten Verfahren zu erreichen, liegt allerdings oft nicht im Interesse oder im Aufmerksamkeitsfokus von Argumentierenden. Zumindest gibt es eine deutliche Tendenz, die eigene Position nicht so kritisch zu hinterfragen, wie es logisch notwendig wäre, und ihr einen größeren Anschein von Sicherheit als logisch vertretbar zu geben. Ob dies im Einzelfall ein unbewußtes Versäumnis oder eine gezielte Manipulation darstellt, ist für unsere Überlegungen irrelevant. Denn im Sinne des Zieles einer Verbesserung der Argumentationspraxis geht es darum, daß wir uns bewußt machen, welchen möglichen Manipulationen wir ausgesetzt sind und wie wir uns gegen sie wehren können. Ein bestimmtes Spektrum solcher Manipulationsmöglichkeiten bei der Anwendung des Konsequenztopos läßt sich schon analytisch ableiten. Bei befürworteten Handlungen werden negative Konsequenzen unterschlagen oder in Wahrscheinlichkeit und Relevanz unterbewertet, und zugleich lenkt man das Hauptaugenmerk auf bestimmte positive Konsequenzen, die als sicher und besonders wichtig eingestuft werden. Für abgelehnte Handlungen verfährt man gerade umgekehrt. Hierzu einige Beispiele aus meinem Material.

- Ein Vertreter der FDP äußerte zur Frage der Militärhilfe an die Alliierten: man solle doch Munition aus den umfangreichen Munitionslagern der ehemaligen Nationalen Volksarmee liefern, für die es sonst ohnehin wenig Verwendung gebe. Dieser Vorschlag bedeutet, das „Notwendige mit dem Nützlichen zu verbinden“ (Spezialisierung des Topos der günstigen Gelegenheit). Hier wird ein irrelevanter positiver Aspekt von Militärhilfe bei gleichzeitiger Unterschlagung der weitreichenden negativen Konsequenzen fokussiert.
- Die amerikanischen Filmberichte über Bombenabwürfe in Bagdad lenkten die Aufmerksamkeit der Zuschauer fast ausschließlich auf die Zerstörung militärisch wichtiger Infrastrukturen.
- Auch an das Filminterview mit einem amerikanischen Soldaten, der seinen abgestürzten Kameraden aus dem Irak rettete, werden sich manche noch erinnern. Eine kritische Situation der Rettungsaktion beschrieb er etwa mit folgenden Worten: *Im letzten Moment tauchte plötzlich ein irakischer Lastwagen auf. Wir schossen. Der Lastwagen ging in Flammen auf.*

Diese Darstellung bedient sich einer manipulativen Anwendung des Teil-Ganze-Topos (Aristoteles 1980: 150). Geschildert werden die für die Rettung als unvermeidbar und als nicht so schlimm eingeschätzten negativen Konsequenzen des Lastwagenbrandes, also nur die Konsequenzen für einen Teil der Situation. Zugleich wird eine Übertragung dieser Einschätzung auf die Beurteilung des Ganzen suggeriert.

Dies waren Beispiele für tendenziöse Darstellungen von Golfkriegs-Befürwortern. Aber auch die Gegenseite bediente sich ähnlicher Techniken, indem z. B. die befürchteten negativen Konsequenzen eines Aufschubs militärischer Sanktionen unerwähnt blieben. Ganz deutlich wird dies in einer Anzeige der IG Metall. [3] Darin wird zunächst behauptet: *Der Krieg gegen den Irak löst kein einziges Problem*. Zur Begründung wird ein induktiver Schluß (Topos der Induktion; Aristoteles 1980: 149) mit fünf Beispielen von Problemen aufgebaut, die durch den Krieg tatsächlich nicht gelöst werden konnten. Aber das für manche Kriegsbefürworter relevante Problem des ständig wachsenden atomaren, biologischen und chemischen Bedrohungspotentials des Irak wird nicht erwähnt; der suggerierte Schluß ist also logisch inkorrekt.

#### 4.2 Die Rolle von Handlungszielen

Der Topos der Konsequenz, so wie ihn Aristoteles beschreibt, ist handlungstheoretisch noch um verschiedene Strukturaspekte verkürzt. Wir wenden uns zunächst dem Aspekt zu, daß Handlungen i. a. durch bestimmte primäre Ziele bedingt sind, die mit den Handlungen erreicht werden sollen. Deshalb spielt die Beurteilung von Konsequenzen, die mit dem Erreichen oder Nichterreichen der Ziele zusammenhängen, eine besondere Rolle. Die zugehörige relevante Kategorie ist die des Erfolgs von Handlungen. Für die Bewertung des möglichen Erfolgs einer Handlung gibt es in Argumentationen insbesondere zwei logische Probleme.

- Analog zu dem generellen Problem einer möglichst vollständigen Auflistung relevanter Konsequenzen neigen Argumentierende dazu, nur den Erfolgsaspekt einer Handlung als positive Konsequenz zu thematisieren und negative Konsequenzen der Handlung, die nicht unmittelbar mit dem Ziel zusammenhängen, zu unterschlagen (Topos „der Erfolg heiligt die Mittel“). Ein spezieller Fall dieser Art von Einseitigkeit liegt vor, wenn das große Ausmaß negativer Nebeneffekte oder der hohe, für die Handlung erforderliche Aufwand als spezielle negative Konsequenz nicht in Relation zum Wert des Handlungserfolges gesetzt wird (Problematisierungsmöglichkeit durch den Topos von der Unverhältnismäßigkeit der Mittel oder den Topos „mit Kanonen auf Spatzen schießen“).
- Eine andere Art des Umgangs mit negativen Konsequenzen besteht in folgender Strategie. Man gibt solche Konsequenzen zwar zu, deklariert aber das Erreichen des zugrundeliegenden Ziels als absolut notwendig und behauptet, daß alle Handlungsalternativen erfolglos sein würden bzw. schon gescheitert seien (Topos „alle Bemühungen waren umsonst“, Topos „wir haben keine andere Wahl“).

Beispiele für diese beiden logischen Probleme kommen in den Argumentationen meiner Materialsammlung häufig vor. So werden Sanktionsmechanismen und

Handlungsmöglichkeiten der Diplomatie als Alternative zum Krieg als angeblich erfolglos ausgeschlossen. Ebenso bleibt die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der für den Krieg aufzuwendenden Mittel (inkl. Menschenopfer) undiskutiert.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Anonymisierung von Zielen, wenn sie zu kollektiven Werten der Gesellschaft erhoben werden. Diese Anonymisierung ist zwar eine Folge der bis zu einem gewissen Grade notwendigen Abstraktion von individuellen Bedürfnissen und Zielsetzungen zugunsten eines erfolgreichen Funktionierens der Gemeinschaft, das langfristig wieder dem einzelnen zugute kommt. Eine Argumentation mit abstrahierten und nicht auf Individuen zurückgedachten kollektiven Werten ist aber in verschiedenen Aspekten problematisch. Die Verteidigung solcher Werte wird häufig mit dem Topos des übergeordneten Ziels als vorrangig postuliert, ohne daß man einen empirisch begründeten Vergleichsmaßstab besitzt. Ist beispielsweise das Recht des einzelnen auf Leben der Durchsetzung von Völkerrecht unterzuordnen? Wegen der Entindividualisierung kollektiver Werte bleiben oft Widersprüche in Argumentationen unentdeckt. Ist ein Krieg mit dem Ziel der Herstellung von Freiheit und Gerechtigkeit legitim, wenn dabei ausgerechnet diese beiden Werte für unschuldige und unbeteiligte Menschen außer Kraft gesetzt werden? Schließlich ist es sehr schwer, auf abstrakter Ebene zwischen konfligierenden Zielen zu vermitteln. Um diese Schwierigkeiten zu umgehen, werden häufig stereotype und empirisch kaum verankerbare Verknüpfungen postuliert, so z. B. in der Äußerung *Friede ohne Recht ist unmöglich*. [4] Für solche Verknüpfungen gibt es auch standardisierte Versprachlichungen, z. B. in Form des Topos „das eine ist ohne das andere nicht zu haben“.

Zwei besonders unfaire Techniken arbeiten mit bewußt falschen Aussagen über zugrundeliegende Handlungsziele. Ihre Unzulässigkeit ist im Einzelfall deshalb so schwer nachzuweisen, weil auf Ziele immer nur indirekt durch Verhaltensbeobachtungen rückgeschlossen werden kann.

- Um andere Menschen zur Befürwortung oder Durchführung einer Handlung, die dem eigenen Vorteil dient, zu veranlassen, kann man seine wahren Ziele verschweigen und andere Ziele als primär ausgeben.
- Umgekehrt werden Gegnern oft zu Unrecht unlautere Ziele unterstellt. Dies ist zugleich ein probates Mittel, um Konflikte zu schüren, denn auf diese Weise kann der doppelte Vorwurf von Verwerflichkeit einer Handlung und Unaufrichtigkeit der Gegner erhoben werden.

Im konkreten Fall des Golfkriegs hatten wir es mit einer Gemengelage hauptsächlich folgender Ziele zu tun: Durchsetzung des Völkerrechts, Verhinderung von Machtschiebungen im Nahen Osten, Ölinteressen, Abbau des irakischen Waffenpotentials, Existenzsicherung Israels. Gerade diese Gemengelage verleitete die gegnerischen Parteien zur Manipulation. Der auf Demonstrationen gegen den Krieg anfangs dominierende Slogan *Kein Blut für Öl* war mit seiner Unterstellung, daß der Krieg ausschließlich zur Verfolgung amerikani-

scher Ölinteressen geführt werde, ebenso illegitim wie die fehlende Erwähnung von Wirtschafts- und Machtinteressen der USA in der Argumentation von Kriegsbefürwortern.

### 4.3 Die Schuldfrage

Neben dem Zielbezug spielt in Diskussionen über die Legitimation einer Handlung die Frage, wer für die Handlung verantwortlich zu machen ist, eine besondere Rolle. Der Verantwortlichkeitsaspekt wird insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten thematisiert, wenn es um die Relativierung negativer Handlungskonsequenzen geht. Eine Aggressionshandlung kann als legitim oder zumindest als verständlich erscheinen, wenn sie durch besondere Umstände oder durch Handlungen anderer quasi erzwungen wurde (im juristischen Kontext gelten z. B. Unzurechnungsfähigkeit und Notwehr als Sonderfälle). Eine naive Form von Legitimationsdiskurs kennen wir aus Sequenzen wechselseitiger Vorwürfe zwischen Kindern: Dieter beschwert sich *Fritz hat meine Burg kaputt gemacht*, und Fritz kontert *Und Dieter hat mich gehauen*. Die Technik, eigene verwerfliche Handlungen durch verwerfliche Handlungen anderer zu rechtfertigen, ist auch bei Erwachsenen als Einstieg in verbale Konfliktaustragungen beliebt. Gegen diese Technik wird zu Recht eingewendet, daß die Schlechtigkeit anderer kein Grund dafür sein kann, selbst schlecht zu handeln. Für eine differenzierte Beurteilung des jeweiligen Sachverhalts muß man zunächst klären, wer wem zuerst Unrecht zugefügt hat, und dann Ziel und Zweckmäßigkeit der Nachfolgehandlung untersuchen. Allerdings sind dabei mögliche Manipulationen der Beteiligten in Rechnung zu stellen. Gezielte Provokationen des Gegners oder vorgetäuschte Angriffe auf sich selbst (Stichwort „Überfall auf den Sender Gleiwitz im Jahre 1939“) versuchen, dem Gegner die Rolle des Ersttäters zuzuschieben. Und die Frage nach der Angemessenheit der Nachfolgehandlung wird evtl. dadurch in den Hintergrund gerückt, daß der Zweitäter das Vorliegen einer Zwangshandlung oder einen stark eingeschränkten Handlungsspielraum für sich reklamiert. Letztere Technik wurde im Golfkrieg mit Hilfe der Ultimatumstrategie vorbereitet, und sie spiegelt sich z. B. in folgender Äußerung wider: *Insofern trägt Saddam Hussein für die Entwicklung die volle Verantwortung.* [5]

Ein Gegenstück zur Strategie, andere für die negativen Konsequenzen der eigenen Handlung verantwortlich zu machen, ist das Verfahren, bestimmten Personen oder Gruppen eine Mitschuld an den für sich selbst negativen Konsequenzen gegnerischer Handlungen zu geben. Zu Recht wird in dem bereits erwähnten Aufruf der IG-Metall geltend gemacht: *Und wer einem Diktator Waffen gibt, der darf sich nicht wundern, wenn er damit schießen läßt: auf Iraner, Kurden, Kuwaitis und Israelis* [3]. Die stereotype Formulierung *darf sich nicht wundern, wenn* verweist hier auf einen Topos der Mitschuld wegen ausrechenba-

rer Konsequenzen. Dieser Mitschuld tatbestand wurde wiederum von bestimmten Kriegsbefürwortern strategisch ausgenutzt, um antideutsche Ressentiments zu schüren und das Anliegen von Friedensdemonstranten gezielt mißzuverstehen. Hierzu als Beispiel eine Nachricht über ein Interview mit dem Literatur-Nobelpreisträger Elie Wiesel, in der dieser mit der Äußerung zitiert wird *Die Aufrüstung des Iraks durch Deutschland ist empörend. Man hätte den Deutschen mehr Anstand zugetraut.* [6] An dieser Nachricht bzw. der zugehörigen Äußerung von Wiesel sind drei Punkte problematisch:

- die Benutzung der Autorität eines Nobelpreisträgers;
- eine inkorrekte monokausale Erklärung: die Beteiligung von Amerikanern und Russen an Waffenlieferungen für den Irak wird verschwiegen (sogar Israelis sollen an derartigen Geschäften verdient haben), und auf diese Weise erhält Deutschland die Rolle des Sündenbocks;
- ein unzulässiger Teil-Ganze-Schluß: durch die Formulierung Man hätte den Deutschen mehr Anstand zugetraut werden alle Deutschen mitverantwortlich für das gemacht, was einige skrupellose oder fahrlässig handelnde Unternehmen getan haben (gegen diesen Schluß kann man sich mit Hilfe der Topoi „nicht alle in einen Topf werfen“ und „nur einige schwarze Schafe“ wehren).

Die Suche nach Schuldigen ist generell ein beliebtes ‚Gesellschaftsspiel‘, dem die notwendige argumentative Differenziertheit häufig fehlt. Dies hat einen einfachen Grund. Schuldigen werden in der Gesellschaft nicht dieselben Rechte wie Unschuldigen zugesprochen, und deshalb eignen sie sich als Opfer für Aggressionshandlungen. Wer also Konflikte initiieren oder verschärfen will, wird dazu neigen, bestimmte Personen oder Gruppen als Schuldige zu präsentieren und zu stigmatisieren. Dabei sind komplizierte Verantwortlichkeitsverhältnisse unerwünscht, weil ein klar definierter Feind leichter zu bekämpfen ist. Die Thematisierung der Schuldfrage macht einen wichtigen Zusammenhang zwischen Argumentation und Konfliktaustragung deutlich. Diesem Aspekt wollen wir im nächsten Abschnitt genauer nachgehen.

#### 4.4 Überlagerung von Argumentation durch Konflikthandlungen

Konflikte entstehen häufig dadurch, daß zwei Personen oder zwei soziale Gruppen bestimmte einander ausschließende Ziele verfolgen. Sie betrachten sich dann als Gegner und bekämpfen sich. Charakteristische verbale Aktivitäten zugehöriger Auseinandersetzungen sind insbesondere Vorwürfe, Drohungen und Beschimpfungen. Vorwürfe dienen dazu, ein bestimmtes Verhalten von Kontrahenten zu beanstanden, das eigenen Erwartungen oder Interessen widerspricht und deshalb negativ bewertet wird. Schuldzuschreibungen bilden einen Spezialfall von Vorwürfen, bei ihnen wird ein bestimmtes, im Prinzip vermeidbares Verhalten wegen Verursachung negativer Konsequenzen moniert.

Mit **Drohungen** kündigt man Personen negative Sanktionen für den Fall an, daß sie eine bestimmte gewünschte Handlung nicht ausführen bzw. ein bestimmtes unerwünschtes Verhalten nicht unterlassen. **Beschimpfungen** schließlich haben das Ziel, Kontrahenten sozial abzuwerten und auszugrenzen.

Auch in Argumentationen können Konflikte entstehen, und zwar immer dann, wenn es nicht den Erwartungen oder Interessen eines Kommunikationsteilnehmers entspricht, daß ein Diskussionspartner (Opponent) in einer bestimmten Frage eine andere Position vertritt als er (Proponent). Für eine solche Situation gibt es unterschiedliche Ursachen. Entweder interpretiert der Proponent die Formulierung einer abweichenden Position als einen persönlichen Angriff bzw. als einen indirekten Vorwurf gegen sich. Oder es paßt ihm nicht, daß seine Position, die er zugunsten bestimmter Interessen z. B. politischer oder wirtschaftlicher Art vertritt, in Frage gestellt wird. Möglicherweise weiß er sogar selbst, daß seine Position argumentativ nicht zu rechtfertigen ist. Dieser Umstand hindert Proponenten aber oft nicht daran, opponierende Diskussionspartner nach dem Prinzip „wer nicht für mich ist, der ist gegen mich“ als Gegner einzustufen und verbal zu bekämpfen.

Welche Ursache eine Konfliktaustragung innerhalb einer Argumentation hat, läßt sich mit sprachanalytischen Methoden nicht immer genau ermitteln. Aber man kann zugehörige Verhaltensformen identifizieren und ihre Funktion bestimmen. Dieser Untersuchungsaufgabe wollen wir uns jetzt zuwenden.

Die in 4.1 diskutierte Analogiebildung zwischen Saddam Hussein und Hitler wurde häufig mit einer Argumentationsfigur kombiniert, die tendenziell manipulativ ist und eine Spezialform des Autoritätstopos darstellt: Man brauche nur die Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Eine solche Formulierung benutzte z. B. der israelische Präsident Herzog: *Gerade die Europäer sollten doch inzwischen gelernt haben, was Untätigkeit gegenüber solchen Gefahren, wie sie das Regime Saddam Husseins für den Nahen Osten und die Welt langfristig darstellen, bedeutet.* [7] Einerseits wird hier auf der Basis einer scheinbar unumstößlichen historischen Wahrheit die Unangreifbarkeit des Analogieschlusses postuliert. Andererseits wird implizit ein Vorwurf gegen Personen erhoben, die den Analogieschluß nicht akzeptieren: Offensichtlich sperren sich solche Personen gegen etwas Einfaches und Naheliegendes, und man muß befürchten, daß sie sich sogar als unbelehrbar erweisen. Genauer hat man als Adressat der Argumentation zwei Möglichkeiten: Entweder man akzeptiert die mit dem Topos von den Lehren aus der Vergangenheit gestützte Behauptung, in unserem Beispiel also die Kriegsbefürwortungsposition, oder man setzt sich dem Unbelehrbarkeitsvorwurf aus. Diese Alternative folgt dem Muster einer Drohung: Entweder du machst X, oder ich bestrafe dich mit Y. Oder konkreter auf unser Beispiel bezogen: Entweder du übernimmst meine Position bezüglich der Frage, was Untätigkeit gegenüber der von Saddam Hussein ausgehenden Gefahr bedeutet, oder du setzt dich dem Vorwurf aus, eine für Europäer überraschend uneinsichtige Person zu sein.

Die Androhung von Imageverlust ist allerdings nicht sehr wirkungsvoll und führt nicht ohne weiteres zu der gewünschten Positionsänderung von Opponenten. Umgekehrt scheinen imagothetisierende Argumentationen für Kommunikationspartner, die die Position des Proponenten schon teilen, sehr positive emotionale und damit positionsstabilisierende Funktionen zu haben: Z. B. ist es angenehm, wenn bestätigt wird, daß man die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen habe, und man empfindet vielleicht Schadenfreude über den latenten Agressionsakt des Proponenten an den gemeinsamen Gegnern. Damit wird insgesamt ein komplexer Funktionsmechanismus von Konfliktaustragung, Emotionsaustausch und Positionsstabilisierung deutlich, der implizit sehr vielen Argumentationsfiguren zugrunde liegt. Dies will ich noch an zwei Spezialformen des Konsequenztopos demonstrieren, nämlich dem Katastrophentopos und dem Heile-Welt-Topos, bei denen die negativen Konsequenzen der abgelehnten Handlung bzw. die positiven Konsequenzen der befürworteten Handlung überzeichnet werden.

Um eine von Gegnern befürwortete Handlung als unangemessen zurückzuweisen, wird als extrem negative Konsequenz eine drohende Katastrophe an die Wand gemalt. Wer diese Handlung also trotzdem befürwortet oder gar praktiziert, nimmt wissentlich eine Menschheits- oder Weltkatastrophe in Kauf, sie oder er ist also ein schlechter Mensch. Ein guter Mensch ist demgegenüber, wer die Katastrophe abzuwenden mithilft. Umgekehrt wird beim Heile-Welt-Topos eine von Gegnern abgelehnte Handlung mit einer extrem positiven Erwartung in Verbindung gebracht. Als Beispiel zitiere ich einen Satz aus dem Aufruf der IG-Metall: *Würde man die Geld-Milliarden, würde man die Köpfe, die heute den Krieg organisieren, für die Lösung der Probleme einsetzen: niemand brauchte zu hungern, niemand müßte ohne gesicherte Heimat sein.* [3] Manipulativ an dieser Äußerung ist zweierlei. Ob wirklich niemand mehr hungern müßte etc., ist nicht ohne weiteres nachweisbar. Vor allem wird eine Problemlösung unter einer Voraussetzung versprochen, die kaum erreichbar ist: Das für Krieg und Rüstung ausgegebene Geld würde nicht ohne weiteres für andere Zwecke zur Verfügung gestellt und leider auch nicht zur Beseitigung von Hunger und Not. Deshalb ist die in der Äußerung implizite Belohnung von Kriegsgegnern durch positive Emotionen illegitim und ebenso der korrespondierende Vorwurf an Kriegsbefürworter.

Die Prinzipien von Konfliktaustragung in Argumentationen durch mehr oder weniger versteckte Vorwürfe, Drohungen oder negative Bewertungen sind im wesentlichen immer dieselben, und Unterschiede gibt es nur bezüglich der inkriminierten Verhaltenseigenschaften von Opponenten. Thematisch steht allerdings ein großes Repertoire an Angriffsmöglichkeiten zur Verfügung, das nachfolgend mit weiteren, typischen Beispielen konkretisiert werden soll.

In einem Diskussionsbeitrag für die Wochenzeitung DIE ZEIT schrieb Altbundeskanzler Helmut Schmidt: Pazifismus sei an sich eine ehrenwerte moralische Position. Aber er sei nur vorgetäuscht, wenn er sich im Zusammen-

hang mit dem Golfkrieg nur gegen Washington richte und dagegen den Giftgaseinsatz des irakischen Staatschefs Saddam Hussein gegen die Kurden im eigenen Staate, dessen Eroberung Kuwaits und die Raketen auf Israel nicht zur Kenntnis nehmen wolle. Dabei handle es sich bestenfalls um eine Selbsttäuschung. Und wörtlich äußerte Schmidt: *Wer zu solchem Pseudopazifismus beiträgt, der handelt unmoralisch.* [8] Diesen Äußerungen liegt die Strategie zugrunde, Kriegsgegner in die Nähe des feindlichen Lagers im Golfkrieg zu rücken. Diese Strategie funktioniert folgendermaßen. Mit dem Topos der ehrenwerten Ziele wird implizit auf Konsequenzen von Antikriegsäußerungen angespielt, die angeblich den Zielen des Feindes entgegenkommen. Eine vergleichsweise positive Variante dieser Argumentationsfigur ist der Topos des nützlichen Idioten. Schmidt wählt allerdings die negative Variante des Brutus-Topos, bei der das ehrenhafte Ziel als nur vorgetäuscht postuliert wird.<sup>5</sup> Allenfalls gesteht Schmidt einigen Kriegsgegnern eine Selbsttäuschung zu, d. h. daß sich ihre Handlungsergebnisse ins Gegenteil verkehren und daß sie, ohne es zu merken, gemeinsame Sache mit dem Feind machen. Die Einreihung von Personen in die Nähe des feindlichen Lagers soll sie in ihrer eigenen sozialen Gemeinschaft disqualifizieren und Aggressionsmöglichkeiten gegen sie eröffnen. Eine Technik mit ähnlichem Effekt lag einem Vorwurf des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundesfraktion zugrunde: Die SPD gerate wegen ihrer Unterstützung der Bonner Kundgebung in Gefahr, dem irakischen Staatschef Saddam Hussein moralische Unterstützung zu geben. [9]

Für das Ziel der sozialen Ausgrenzung gibt es auch Spezialtechniken. Beliebte ist insbesondere das Verfahren, Opponentengruppen ‚auseinanderzuidividieren‘ bzw. dadurch unter Druck zu setzen, daß eine Abgrenzung von Teilgruppen verlangt wird. Dieses Verfahren wurde auch gegenüber Angehörigen der Friedensbewegung mit der Forderung nach Abgrenzung gegen antiamerikanische Strömungen angewendet. Das Abgrenzungsverlangen hat oft den Status eines Diktats mit der erpresserischen Anforderung einer Unterwerfungsgeste. Diese Erpressung müßte explizit so ausformuliert werden: Entweder ihr grenzt euch gegen die Gruppe X in euren Reihen ab, oder wir kündigen die soziale Beziehung zu euch auf, und ihr werdet künftig nicht mehr als Gesprächspartner akzeptiert. Viele Leser werden sich noch gut an das frühere Ritual erinnern, wenn die ‚Gretchenfrage‘ an Politiker der GRÜNEN gestellt wurde: „Wie haltet ihr es mit der Anwendung von Gewalt?“ Tatsächlich gerät man durch die Anwendung dieses Verfahrens in eine echte Zwickmühlen-Situation. Wenn man sich nämlich der Abgrenzungsforderung unterwirft, hat man gleichzeitig die Definitionsmacht der Kontrahenten in der Frage „Wer gehört zur Gemeinschaft?“ anerkannt und damit eine gewisse Niederlage eingesteckt. Einen

<sup>5</sup> Vgl. die Rede des Antonius in „Julius Cäsar“ von Shakespeare mit der Äußerung *Und Brutus ist ein ehrenhafter Mann.*

besonders beliebten Topos der Androhung oder des Vollzugs eines Beziehungsabbruchs demonstriert folgendes Leserbrief-Beispiel: *Aber alles gegen die Krawallmacher und Chaoten und Störer dieser Gesellschaft. Die sollten in den Irak reisen und dort ihre Schau abziehen.* [10] Früher war es häufig die DDR, in die man gehen sollte; heute müssen neue Reiseziele erfunden werden.

Eine indirekte Ausgrenzungsfunktion haben aber auch harmlosere Zielformulierungen. Im Aufruf der GRÜNEN zur Bonner Kundgebung heißt es: *Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu.* [1] Diese Äußerung suggeriert: Wer sich der Argumentation der GRÜNEN nicht anschließt, läßt Zerstörung zu und grenzt sich damit selbst aus der Gruppe der verantwortlich Handelnden aus.

Hat man eine Person oder eine Gruppe als Gegner eingestuft, dann kann man sie auf vielfältige Weise disqualifizieren bzw. durch negative Bewertungen für andere Kommunikationsteilnehmer identifizierbar machen. Hierfür reicht oft schon die Wahl eines geeigneten Vokabulars aus, wie folgende Beispiele zeigen (vgl. hierzu auch Vogt 1984):

- *Kohl wandte sich gegen eine blinde Friedenssucht* [11]
- Ein jüdischer Politologe formulierte: *Die Deutschen, die verwirrte Nation* [12], und die Retourkutsche eines Kommentators lautete: *Nicht die angeblichen weltfremden Pazifisten sind verwirrt, sondern die sogenannten Realpolitiker.* [13]
- Beliebt ist auch das Anstellen von Vergleichen zwischen Anhängern und Gegnern. Derselbe Kommentator äußerte in etwa: *Die gelegentlichen Vereinfachungen der Friedensbewegung sind weniger schlimm als ...* [13]
- Negative Bewertungen können noch hervorgerufen werden, z. B. durch die Fragetechnik: *Wer hätte geglaubt, daß die Deutschen ...*

Die Liste der Abwertungstechniken (vgl. hierzu auch Zimmermann 1975) läßt sich leicht verlängern, und sie reicht bis zur Form einer direkten Beschimpfung von Kontrahenten, in meiner Materialsammlung belegt z. B. durch: *Die eingefahrenen Gleise des Politiker-Kreisverkehrs* [14], *der häßliche Deutsche* [15], *Huren* [15] *hirnlose Minderheit* [16] etc. Extremfall der Beschimpfung ist die Einstufung als „Teufel“; in der Einschätzung der Nützlichkeit einer solchen Beschimpfung waren sich die Präsidenten George Bush und Saddam Hussein wenigstens einig.

Abschließend will ich noch auf eine Reihe von Techniken hinweisen, die bestimmte Verhaltensinkonsistenzen anprangern und die betreffenden Personen als Interaktions- oder Gesprächspartner diskreditieren.

In den Diskussionen über den Golfkrieg spielte der Undankbarkeitsvorwurf eine besondere Rolle. Ich nenne einige Beispiel.

- *Haben wir es nicht gerade diesen Alliierten zu verdanken, daß wir schon seit über vierzig Jahren in einer freiheitlichen Demokratie leben?* [17]
- *Die Amerikaner haben den Aufbau dieser Bundesrepublik gestattet, in der bisher noch keine Demonstration durch Panzer und scharfe Schüsse beendet wurde.* [18]

In dem zweiten Beispiel wird speziell darauf abgehoben, daß gerade die gegen die amerikanische Kriegspolitik Demonstrierenden den Amerikanern für die ungehinderte Ausübung ihres Demonstrationsrechts dankbar sein müßten. Und mit diesem Hinweis ist implizit die Warnung verbunden, Undankbarkeit gegenüber den Amerikanern könnte vielleicht politisch negative Folgen haben. Eine Kombination von Undankbarkeitsvorwurf und versteckter Drohung lag z. B. Äußerungen von Bielefelder Bürgern zugrunde, die sich über Verkehrsbehinderung durch Friedensdemonstrationen beschwerten und dies mit dem dezenten Hinweis verknüpften, daß die demonstrierenden Schüler und Studenten ihre BAFÖG-Zahlungen dem Steuerzahler verdankten: *Zuerst diese Unverschämtheit der „Friedens-Demonstranten“, den Jahnplatz zu blockieren und die Menschen, die es durch ihre Arbeit und durch Zahlen ihrer Steuern erst ermöglichen, daß sie zu ihrem BAFÖG kommen, daran zu hindern, pünktlich ins Büro oder an ihren Arbeitsplatz zu kommen* [19].

Die implizite Drohung, die BAFÖG-Zahlungen könnten eingestellt werden, basiert auf einem alltagsweltlichen Konflikttopos: „Wenn ihr uns so kommt, dann können wir auch anders.“ Allen Beispielen gemeinsam ist die Absicht, die Handlungsweise der als undankbar eingestuften Personen für unangemessen zu erklären. Dies ist ein illegitimes Verfahren, weil es keinen logischen Zusammenhang zwischen der Verpflichtung zu Dankbarkeit und dem Recht gibt, andere zu kritisieren; wegen seiner starken Emotionalisierung scheint das Verfahren aber sehr wirkungsvoll zu sein. In sublimier Form verwendete auch der Bundespräsident Richard von Weizsäcker dieses Verfahren. In einer Rede [20], in der er die Leistungen der Amerikaner für Deutschland würdigte, sagte er zunächst: *Dies werde ich nie vergessen. Ich werde nicht aufhören, meine Dankbarkeit gegenüber dem amerikanischen Volk zu fühlen und auszudrücken.* Anschließend rechtfertigte er das Eingreifen der Amerikaner im Irak u. a. mit den Worten: *Kein rechtschaffener Mensch wird in Zweifel ziehen, daß Saddam Hussein der Aggressor ist, der keine andere als eine militärische Antwort auf seinen Gewaltakt gelten ließ.* Durch die Verbindung von Dankbarkeit und der als zwangsläufig postulierten positiven Einschätzung der amerikanischen Politik geraten Kritiker des Golfkrieges assoziativ in die Rolle von Undankbaren. Schlimmer ist allerdings die Art, wie von Weizsäcker diese Kritiker indirekt als nicht rechtschaffene Menschen diffamiert. An diesem Beispiel wird zugleich die besondere Relevanz von impliziten Normen deutlich, die den jeweiligen Vorwürfen zugrunde liegen und die von Kommunikationsteilnehmern evtl. unkritisch übernommen werden. Interessant ist auch folgende Aussage aus einem Leserbrief: *Studenten, die einmal das Bildungspotential unseres Landes in aller Welt repräsentieren sollen, schwänzen die Vorlesungen.* [17] Hier wird Enttäuschung darüber geäußert, daß demonstrierende Studenten nicht die in sie gestreckten Erwartungen erfüllen, und implizit wird ein Imageverlust, nämlich die Möglichkeit, nicht mehr als Angehöriger der Bildungselite akzeptiert zu werden, angedroht.

Die in meiner Materialsammlung vorkommenden Vorwürfe beziehen sich des weiteren auf die (angebliche) Einseitigkeit von Argumentation, auf die Parteilichkeit, auf inkonsequentes Verhalten und auf das Anlegen unterschiedlicher Maßstäbe für vergleichbare Situationen (Doppelmoral). In diese Kategorie gehört schon der oben zitierte, von H. Schmidt erhobene Vorwurf des Pseudopazifismus. Ich gebe noch einige weitere Beispiele an.

- *Es bleibt festzustellen, daß diese Leute stets aus sicherer Entfernung demonstrieren.* [21]
- *Wer von denen, die jetzt auf die Straße gehen, hat gegen den iraktischen Einmarsch in Kuwait protestiert? Wer hat sich gegen den Einsatz von Giftgas im irakisch-iranischen Konflikt erhoben?* [19]
- *Ein Teil der Friedensbewegung ist auf einem Auge blind. Wer gegen die USA demonstriert und zu dem Verbrechen Saddam Husseins schweigt, verwirkt jeden moralischen Anspruch.* [22]
- *Wer Rüstungsexporte und Verstöße gegen das Waffenembargo in der Vergangenheit als Kavaliersdelikt ansah, hat jedes Recht verloren, Proteste gegen den Krieg zu diffamieren.* [23]
- *Die dort lebenden Palästinenser werden von den israelitischen Besatzern wie Menschen zweiter Klasse behandelt, mit Verboten belegt, geprügelt und erschossen. – Wo bleiben die Demonstrationen?* [24]
- *Wenn von Saddam gefordert wird, daß er zurückgibt, was er genommen, ist dies dann nicht das Signal an alle Mächte, zurückzugeben, was sie sich im Machtrausch nahmen im Laufe der Geschichte?* [25]

Wie schon gesagt, selbst wenn einige dieser Vorwürfe berechtigt waren, so läßt sich aus ihnen kein Kritik-, kein Demonstrations- und kein sonstiges Aktionsverbot ableiten.

### 5. Analyse eines Kommentars

Wenn man die damalige Kommunikation über den Golfkrieg systematisch nach den in den vorigen Abschnitten behandelten Techniken von Konfliktaustragung und unfairer Argumentation untersucht, dann wird deutlich, in welchem erschreckendem Ausmaß solche Techniken praktiziert werden. Außerdem ist die enorme Stereotypie in der Reproduktion bestimmter argumentativer und konfliktbezogener Figuren erstaunlich. Diese beiden Aspekte möchte ich jetzt an der Analyse eines Kommentars zum Golfkrieg demonstrieren, der am 26. 1. 1991 in der Neuen Westfälischen erschien. Aus Platzgründen kann ich allerdings jeweils nur kurz darauf eingehen, welche Techniken in welcher Funktion in dem Kommentar verwendet werden.

In Zeile 1–3 beginnt der Autor Massmann mit der bekannten Figur einer Captatio Benevolentiae, mit der er sich (und andere Kriegsbefürworter) gegen

## Der Kommentar: Schweigende Mehrheit

Von Wilfried Massmann

**W**em macht das Kriegsgeschehen am Golf nicht Sorgen, manchmal auch Angst? Die Unwissenheit über den tatsächlichen Stand der Dinge bessert das Befinden keineswegs.

Daß seit zehn Tagen auch in Bielefeld fleißig für Frieden und gegen Krieg demonstriert wird, ist ehrenwert. Und nichts wäre wünschenswerter, als daß Zerstörung und Tod ein Ende hätten. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.

Meinungsumfragen bestätigen, daß die Mehrheit der Deutschen den Waffeneinsatz am Golf für richtig hält. Das Völkerrecht soll durchgesetzt und heute mit weniger Blutzoll das bezahlt werden, was sonst in einigen Jahren die Menschheit noch teurer zu stehen kommen könnte. Den gerechten Krieg gibt es nicht, wohl aber den gerechtfertigten Krieg.

**W**as bei den Demonstrationen stört, ist die Einäugigkeit allzuvieler, nicht zuletzt in Verbindung mit einem militanten Antiamerikanismus und einem Ignorieren israelischer Lebensnöte. Die Alliierten marschieren und die Deutschen demonstrieren. Wird hier regelrecht nach einem Friedensdiktat geschrien, kämpfen dort Soldaten unter Einsatz ihres Lebens für ein Stück Gerechtigkeit auf dieser Welt. Die selben Nationen, die jetzt am Golf ringen, haben einst auch die Deutschen vom Faschismus befreit und dafür gesorgt, daß bei uns überhaupt demonstriert werden kann. Schon vergessen?

Es scheint bei uns längst nicht allen um wahren Frieden zu gehen, die vorgeben, ihn zu wollen. Sonst würden sie zunächst in dem Bereich sichtbar anfangen, in dem sie die Möglichkeit dazu haben: Familie, Schule, Beruf und auch Demo. Nicht nur, daß sie am 2. August, als Kuwait überfallen wurde, zu Hause blieben, auch die Gewalt im Baltikum läßt sie offenbar kalt. Doppelmoral?

**D**ie Ratsitzung am Donnerstag war ein erschreckendes Beispiel. Wer gewählte Ratsmitglieder passiv als Mörder niederschreit, ist krank oder kriminell. Was ist das für

eine „Friedenskultur“?

Eine andere Frage ist, ob Rats-, Fraktions- und Verwaltungsspitzen richtig gehandelt haben, erneut vor der Gewalt zu weichen, statt den Kameraden (und Kameradinnen) die Grenzen einer längst mißbrauchten Geduld zu zeigen. Galt im Rathaus sonst die unendliche Toleranzwelle, gilt jetzt die Sicherheitsmaske.

**E**s fällt oft schwer, die aufrichtigen Friedensbewegten von den Agitatoren zu unterscheiden. Zu viele Zeichen der Willkür, des Hasses, der Zerstörung sprechen gegen das hehre Bild einer heißen Demowelt. Da ziehen morgens gegen 3 Uhr Gruppen lärmend und mit Megaphon durch Bielefelder Wohnviertel. Was stören sie erschrockene Erweachsene und weinende Kinder? Den Kraftfahrer, der früh am Steuer seines Lkw losfahren muß und sich nun im Bett wälzt; oder den Arzt, der um 7 eine schwierige Operation zu leisten hat.

Wahre Betroffenheit lärmst und plärrt nicht. Sie ist eher still und bedacht, nachdenklich und überlegend. Auch dafür haben in Bielefeld Demonstranten Beispiele gegeben.

Es ist nicht zu verkennen, daß in diesen Tagen auch Hysterie geschürt wird. Selbst Kinder nutzt man schamlos aus. Und dann diese Weinerlichkeit, dieses deutsche Leiden am Leben. Diese Angstmasche vor allem und nichts. Derweil holen Soldaten anderer Nationen für uns die Kohlen aus dem Feuer.

**T**otale Pazifisten sind ehrenwerte Menschen. Doch sie ermuntern nur allzuleicht den Stärkeren, seine Macht zu mißbrauchen. Irgendwann kommt der Punkt, daß der Pazifist der Übermacht hilflos ausgeliefert ist. Was dann? Der Starke, der das Schwert nicht achtlos wegwirft, sondern es verantwortlich führt und im Zweifelsfall in menschlicher Solidarität dem Schwächeren zu Hilfe eilt, verdient mehr Respekt.

So erbärmlich früher ein deutscher Hurra-Patriotismus war, so peinlich ist heute ein blindes Friedensgeheul. Die Gruppen müssen in ihren Reihen selbst die Spreu vom Weizen trennen. Und die „schweigende Mehrheit“ in Bielefeld, die nicht weniger friedensbewegt ist, sollte ihre Zurückhaltung überdenken, sich artikulieren. Auch durch Schweigen kann man mitschuldig werden.

In der Demokratie gilt es, Flagge zu zeigen, Argumente zu hören, einen Standpunkt mutig zu vertreten. Nicht nur im Kreise Gleichgesinnter.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55

56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121

die mögliche Unterstellung absichert, nicht ebenso wie Friedensdemonstranten wegen des Golfkriegs Sorgen und Angst zu haben. In Zeile 6–9 wird der oben behandelte Topos der ehrenwerten Ziele angewendet, dabei deutet die Bewertung mit dem Adjektiv *fleißig* schon Distanz an. Die nachfolgenden beiden Sätze in Zeile 9–12 realisieren eine typische *ja-aber*-Figur, die den Wunsch nach Frieden zwar als berechtigt einräumt, aber mit dem Topos von der Macht des Faktischen als unreal darstellt. Im dritten Absatz holt sich Massmann für seine Kriegsbefürwortungsposition mit einer Spezialform des Autoritätstopos („die Mehrheit sagt das“) Unterstützung, und diese Position wird in Zeile 16–20 mit dem Topos des kleineren Übels begründet. Der letzte Satz in diesem Abschnitt räumt wieder mit einer *ja-aber*-Figur die Korrektheit einer Auffassung von Kriegsgegnern ein und sichert die Massmannsche Position als dem nicht widersprechend ab.

In Abschnitt 4 wird die Gruppe der Kontrahenten genauer definiert und ins Visier genommen. Die verschiedenen Vorwürfe wegen Einseitigkeit und Anti-amerikanismus von Demonstranten sind uns schon bekannt. Wichtig ist auch die Verwendung der Vokabel *allzuviele* in Zeile 24/25: Sie vermeidet zwar eine unzulässige Teil-Ganze-Übertragung, behauptet aber zu Unrecht die Existenz einer nicht zu vernachlässigenden großen Gruppe von Demonstranten, auf die die erhobenen Vorwürfe zutrifft. Die angebliche Unangemessenheit des Verhaltens dieser gegnerischen Gruppe wird von Massmann in Zeile 28–34 durch zwei typische, stark emotionalisierende Kontrastfiguren bei gleichzeitiger Rückkehr zu pauschalisierender Betrachtungsweise angeprangert. Insbesondere kontrastiert die abwertende Formulierung *nach Friedensdiktat schreien* für die Gegner mit den aufwertenden Kategorisierungen *Opferbereitschaft* und *Kampf für Gerechtigkeit* für die Kriegsbefürworter. Daß Massmann gleich anschließend in Zeile 34–38 auch den Undankbarkeitstopos bemüht, überrascht uns nicht, und die kleine historische Ungenauigkeit seiner Formulierung, die Länder wie Saudi-Arabien und Syrien mit auf die Liste der Befreier Deutschlands vom Faschismus setzt, ist zu verzeihen. Der nachfolgende Vorwurf in Zeile 39 benutzt die metakommunikative Kategorie *vergessen* und hat die Funktion, Argumentationspartner darauf aufmerksam zu machen, daß eine relevante Prämisse nicht berücksichtigt wurde (vgl. hierzu auch die Formulierung *ignorieren* in Zeile 27). Wie in 4.4 ausgeführt, bildet aber der Hinweis auf erbrachte Leistungen in diesem Zusammenhang kein logisch legitimes Argument.

Die Funktion des vierten Absatzes kann man noch als partiell argumentativ einschätzen, weil es um eine Diskussion der Angemessenheit von Friedensdemonstrationen bzw. um die Berechtigung der Antikriegsposition geht. Demgegenüber dient der fünfte Abschnitt nur noch der Konfliktaustragung mit harter Diffamierung der Gegner. In Zeile 40–42 steht zunächst der Vorwurf, das Friedensziel sei nur vorgetäuscht. Zur Begründung wird der beliebte Topos „zuerst bei sich selbst anfangen“ in Zeile 42–46 angewendet. Mit diesem Topos werden einerseits Personen, die nicht selbst die geforderten Verhaltensweisen

zeigen, als unglaubwürdig dargestellt, und ihnen wird das Recht abgesprochen, andere zu kritisieren. Andererseits wird eine notwendige Reihenfolge im Erreichen der gewünschten Verhaltensweisen postuliert: Zuerst sollen die Kontrahenten ihre Fähigkeit bewiesen haben, sich in allen gesellschaftlichen Bereichen friedlich zu verhalten; dann erst dürfen sie Friedfertigkeit von anderen verlangen. In dieser Toposrealisierung stecken zwei ungeheuerliche Anmaßungen des Kommentators Massmann. Kennt er erstens die von ihm angegriffenen Personen alle persönlich so gut, daß er über ihr Verhalten in Familie, Schule etc. qualifiziert urteilen kann? Ist Herr Massmann zweitens Richter in unserer Gesellschaft darüber, unter welchen Bedingungen welche Personen Kritik an mangelnden Bemühungen um Friedenssuche üben dürfen? Hinzu kommt, daß Massmann zu Unrecht private Konflikte und den gegenwärtigen Krieg auf eine Stufe stellt. Eine Vergleichbarkeit der Situation ist auch für den Vorwurf der Doppelmoral in Zeile 46–50 nicht gegeben; überdies kann mit einem solchen Vorwurf nicht die behauptete Vortäuschung falscher Ziele bewiesen werden.

Die nächsten beiden Abschnitte des Kommentars wollen wir überspringen, weil sie auf das spezielle Geschehen während einer Bielefelder Ratssitzung anspielen, zu deren Einschätzung genauere Kontextinformationen dargestellt werden müßten. Auch die restlichen sechs Absätze möchte ich nur cursorisch behandeln. Ihre Funktion kann man nur verstehen, wenn man sich das hauptsächliche Ziel des Kommentars klar macht. Die Überschrift und der Schluß mit seinem rhetorisch typischen Aufruf zum Handeln zeigen, daß es Massmann darum geht, die „schweigende Mehrheit“ zu aktivieren. Denn es kann ihm als einem Kriegsbefürworter (obwohl er das explizit nirgendwo formuliert) nicht recht sein, wenn die Berichte in den Medien über Reaktionen auf den Golfkrieg vorwiegend von den Friedensdemonstrationen bestimmt sind. Um sein Ziel zu erreichen, bedient sich Massmann einer Doppelstrategie. Zum einen baut er sein Feindbild der ‚bösen Demonstranten‘ weiter aus (Zeile 68–80, Zeile 86–92, Zeile 107–109) und versucht auf diese Weise, die Handlungsmotivation und den Aggressionswillen seiner Adressaten zu stärken. Zum anderen erfährt die als klein suggerierte Gruppe ‚guter Demonstranten‘ eine Sonderbehandlung. Als ihre Aufgabe wird es angesehen, sich ‚still zu verhalten‘ (Zeile 82–83); sie wird aufgefordert, sich von den ‚bösen Demonstranten‘ zu trennen (mit der speziellen sprachlichen Realisierung der Abgrenzungsforderung die Spreu vom Weizen trennen in Zeile 109–110). Außerdem wird mit dem Topos der nützlichen Idioten die pazifistische Position vorsorglich als weniger respektverdienend und unangemessen dargestellt (Zeile 95–106). Auf einige Details der Realisierung dieser generellen Strategie lohnt es sich hinzuweisen. So fällt etwa der zur Abwertung eingesetzte Vokabulargebrauch auf: *Agitatoren, das hehre Bild einer heilen Demowelt, lärmt und plärrt, schamlos, blindes Friedensgeheul*. Weiter wendet Massmann zweimal eine spezielle Kumulationstechnik an, um die ‚Abscheulichkeit‘ der Handlungsweise von Demonstranten nachzuweisen.

*Walther Kindt*

Diese Technik hat Klein (1981: 232) einmal an folgendem Beispiel veranschaulicht. Wann kann man von einem Menschen zu Recht sagen, er sei ein Lump? Eine einzelne böse Tat reicht hierzu eventuell nicht aus, aber die folgende Kumulation: Er hat seine Großmutter ermordet, seine Frau verprügelt, hält seine Kinder zur Prostitution an, und obendrein stellt er Blinden ein Bein. Den Höhepunkt der ersten Kumulationsstufe von Massmann (Zeile 71–80) bildet wohl der Hinweis auf den Arzt, dessen Operation (vielleicht auf Leben und Tod) durch die Störung der Demonstranten gefährdet sein könnte. Bei anderen Demonstrationsgegnern war es häufig das Beispiel des armen Mütterchens, das wegen der Verkehrsblockade durch Demonstrationen seinen Arzttermin versäumte. Als besonders schändlich gilt immer der mißbräuchliche Einsatz von Kindern für die politischen Ziele von Erwachsenen (so in der zweiten Kumulationsstufe in Zeile 86–91). Die Anwendung der Kumulationstechnik ist nicht grundsätzlich logisch illegitim, wohl aber die vorliegende Überzeichnung von negativen Aspekten und Konsequenzen der Demonstrationen in Bielefeld.

An zwei Stellen fällt auch eine Assoziationstechnik auf, die die Auswirkungen von Pazifismus und Militarismus/Patriotismus in einen Zusammenhang bringt: Bei *totale Pazifisten* kann man an den Aufruf von Göbbels zum *totalen Krieg* denken und explizit wird *Hurra-Patriotismus* mit *Friedensgeheil* analogisiert. Schließlich ist noch eine Anwendung der Technik des Angstmachens in Zeile 115–117 erwähnenswert: Die „schweigende Mehrheit“ wird mit der möglichen negativen Konsequenz ihres Verhaltens konfrontiert, mitschuldig zu werden.

Die große Zahl unfairer Techniken weist den Kommentar von Massmann als ein Negativbeispiel von politischem Meinungsjournalismus aus. In einem zu ihm veröffentlichten Leserbrief heißt es auch: *Unterschiedliche Meinungen zum Golfkrieg kann man haben oder auch begründen. Erschreckt hat mich an diesem Kommentar jedoch die haßerfüllte Ausdrucksweise und die Verachtung, mit denen andere Menschen bedacht werden.* [26] Und eine andere Leserin schreibt: *Was der Kommentator jedoch macht, ist, die gesamte Friedensbewegung zu diffamieren.* [27]

Ansonsten werden in den Leserreaktionen jeweils einige Argumente des Kommentators zurückgewiesen und konträre Positionen formuliert. Dies zeigt, daß Leser durchaus fähig sind, sich punktuell gegen konfliktschürende und manipulative Praktiken des Kommentars zu wehren. Eine präzise Widerlegung der Massmannschen Argumentation und eine genaue Durchleuchtung der Konflikttechniken gelingen ihnen allerdings nicht.

## 6. Fazit

Die in Abschnitt 4 und 5 analysierten Beispiele belegen, daß sich Beobachter der politischen Diskussion über den Golfkrieg zu Recht kritisch über die in den

Medien vollzogenen Meinungsbildungsprozesse geäußert haben (vgl. z. B. Stein 1991). Solche Äußerungen bezogen sich einerseits häufig auf einen unangemessenen Vokabulargebrauch, z. B. wenn Tote bei Luftangriffen von der Militärführung der Alliierten als „Nebenschaden“ (*modest collateral damage*) bezeichnet wurden. Andererseits kamen hauptsächlich globale Bedingungen der Berichterstattung in den Medien zur Sprache und insbesondere der Umstand, daß die offizielle Kriegspropaganda zu viel Darstellungsraum erhielt bzw. zu wenig kritisch kommentiert wurde. Welchem Ausmaß an Manipulation man von dieser Seite ausgesetzt war, beweist die erst nach Kriegsende aufgedeckte Propagandalüge, kuwaitische Babys seien von irakischen Soldaten aus ihren Brutkästen gerissen und so ermordet worden. In Wirklichkeit hatte ein amerikanisches Werbeunternehmen im Auftrag Kuwaits ermittelt, daß die Anschuldigung von Babymord bei US-Amerikanern besonders große Abscheu erregen würde, und anschließend inszenierte das Unternehmen eine entsprechende ‚Zeugenbefragung‘ vor einem Ausschuß der UN.

Im Vergleich dazu sind kommunikative Manipulationspraktiken, wie sie in dem oben analysierten Kommentar sichtbar werden, als Einzelereignis weit weniger gravierend; sie haben aber erhebliche Auswirkungen als kollektives Phänomen. Grundsätzlich ist in unserer westlichen Gesellschaft die Neigung zu aggressiver und antagonistischer Argumentation zwar stark ausgeprägt. Schon beim Schreiben von Leserbriefen kann man die Erfahrung machen, daß Texte, die mit scharfen Formulierungen angereichert sind, eher veröffentlicht werden und mehr Aufmerksamkeit erregen als ‚sanfte‘ Kommentierungen. Auch ist zu bedenken, daß die oben aufgezeigten Manipulationstechniken Kommunikationsteilnehmern im allgemeinen nicht in dem Sinne verfügbar sind, daß bei ihrer Anwendung stets eine bewußte Täuschungs- und Aggressionsabsicht unterstellt werden muß. Trotzdem darf man die resultierenden negativen Konsequenzen dieser Techniken für politische Entscheidungen nicht unterschätzen.

Handlungsspielräume in der Politik hängen je nach Strukturen der Machtverteilung immer zu einem gewissen Grade davon ab, ob sich die Entscheidungsträger für ihr Handeln auf Positionen berufen können, die in relevanten Teilen der Gesellschaft kollektiv stabilisiert sind. Natürlich haben punktuell vorgetragene Argumentationen von Bürgern keinen unmittelbaren Einfluß auf anstehende politische Entscheidungen, und das häufig geäußerte Gefühl der Ohnmacht des einzelnen ist auch in demokratisch regierten Gesellschaften berechtigt.

Eine Einflußnahme kann aber nur dadurch erreicht werden, daß genügend Individuen durch aktive politische Einmischung zur Konstitution rational begründeter und kollektiv akzeptierter Positionen beitragen. Und dafür ist auch eine Entwicklung unserer sog. Streitkultur zu fairen und kooperativen Formen der argumentativen Auseinandersetzung von großer Bedeutung, weil die soziale Duldung manipulativer Kommunikationspraktiken die Durchsetzung und Stabilisierung illegitimer Positionen fördert.

Im Fall des Golfkriegs haben sich auch Linguisten auf verschiedene Weise in die politische Diskussion eingemischt. Ich nenne zwei prominente Beispiele. In einem noch vor Kriegsausbruch erschienenen Artikel (1991) deckte N. Chomsky politische Hintergründe dafür auf, daß die politisch Verantwortlichen der USA den Krieg gegenüber einer Verhandlungslösung bevorzugten; u. a. kam er dabei zu dem Ergebnis, daß nicht die Vertretung von Völkerrechtsinteressen – wie offiziell behauptet – primäres Ziel war. Und G. Lakoff machte in einem Zirkular (1990) darauf aufmerksam, wie durch metaphorischen Sprachgebrauch politische Sachverhalte der Golfkrise verfälscht wurden. Aber was bleibt von solchen Aktivitäten, wenn sie den Golfkrieg nicht wie gewünscht verhindern konnten? Wenn man von einer historisch politischen Würdigung des Typs „Es war wichtig, daß es in Amerika auch andere Stimmen gab“ absieht, dann müssen wir aus linguistischer Perspektive folgende Konsequenz ziehen. Es genügt für die Zukunft nicht, wenn einzelne linguistisch und logisch versierte Personen bei bestimmten zentralen politischen Konflikten – und die gibt es auch gegenwärtig in großer Zahl, man denke nur an das sog. Asylproblem – wenn also solche Personen punktuell auf eine unzureichende argumentative Auseinandersetzung mit den Problemthemen auf die Manipulationspraktiken aufmerksam machen. Vielmehr müssen entsprechende Analysen, um eine kollektive Wirkung zu haben, in viel größerem Umfang als bisher durchgeführt, ihre Ergebnisse publik gemacht und eine zugehörige Kommunikationsschulung geeigneter Adressatengruppen initiiert werden. Mit letzterer Forderung schließt sich der Kreis meiner in der Einleitung vorweggenommenen Überlegungen, und der vorliegende Aufsatz ist zugleich ein kleiner Beitrag zur Realisierung dieser Forderung.

### 7. Quellenangaben

- [1] Flugblatt von DIE GRÜNEN NRW für die Demonstration der Friedensbewegung am 26. 1. 1991 in Bonn.
- [2] Leserbrief der Jungen Union Borgholzhausen im Haller Kreisblatt am 22. 1. 1991.
- [3] Zeitungsanzeige der IG Metall mit Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration in Bonn z. B. in der Neuen Westfälischen am 25. 1. 1991.
- [4] Äußerung des Theologen G. Huntemann in Live-Fernsehdiskussion von N3 am 23. 1. 1991.
- [5] Äußerung des Parlamentarischen Geschäftsführers der FDP-Bundestagsfraktion W. Hoyer in einem Kurzinterview mit der Neuen Westfälischen am 25. 1. 1991.
- [6] Nachricht des WDR vom 27. 1. 1991 über ein Interview von CNN mit Elie Wiesel.
- [7] Äußerung des israelischen Präsidenten Ch. Herzog nach Bericht der Frankfurter Rundschau am 23. 1. 1991.
- [8] Beitrag von H. Schmidt für die Wochenzeitung DIE ZEIT, vorab veröffentlicht am 23. 1. 1991 und zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 24. 1. 1991.
- [9] Äußerung von F. Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion nach Darstellung in der Neuen Westfälischen am 26. 1. 1991.

- [10] Leserbrief in der Neuen Westfälischen am 26. 1. 1991.
- [11] Zitat aus einer Nachrichtensendung im WDR am 22. 1. 1991.
- [12] Äußerung des Politologen M. Wolffsohn in der ARD-Sendung „Report“ am 22. 1. 1991
- [13] Kommentar von W. v. Sternberg in der ARD-Sendung „Tagesthemen“ am 25. 1. 1991
- [14] Leserbrief in der Neuen Westfälischen am 25. 1. 1991.
- [15] Bericht der Neuen Westfälischen am 25. 1. 1991 über Stimmen in Israel.
- [16] Leserbrief in der Neuen Westfälischen 1. 2. 1991.
- [17] Leserbrief im Haller Kreisblatt am 23. 1. 1991.
- [18] Leserbrief in der Neuen Westfälischen am 1. 2. 1991.
- [19] Leserbrief in der neuen Westfälischen am 26. 1. 1991.
- [20] Rede des Bundespräsidenten am 29. 1. 1991 vor Angehörigen von US-Soldaten in Kirch-Göns.
- [21] Leserbrief in der Neuen Westfälischen am 1. 2. 1991.
- [22] Äußerung des CSU-Generalsekretärs E. Huber, gemeldet von der Frankfurter Rundschau am 21. 1. 1991.
- [23] Äußerung von Herta Däubler-Gmelin (SPD) nach Meldung im WDR am 25. 1. 1991.
- [24] Leserbrief in der Neuen Westfälischen am 25. 1. 1991.
- [25] Leserbrief in der Neuen Westfälischen am 25. 1. 1991.
- [26] Leserbrief in der Neuen Westfälischen am 30. 1. 1991.
- [27] Leserbrief in der Neuen Westfälischen am 30. 1. 1991.

### Literaturnachweis

- [Aristoteles 1980] Aristoteles: *Rhetorik*: Dt. Übersetzung von Franz G. Sieveke. – München: Fink 1980.
- [Chomsky 1991] Chomsky, Noam: *Das Zivilisationskalkül der Bush-Krieger*. Dt. Übersetzung von Heino Büning. – In: taz 8. und 9. 2. 1991.
- X [Kallmeyer 1979] Kallmeyer, Werner: *Kritische Momente. Zur Konversationsanalyse von Interaktionsstörungen*. – In: Grundfragen der Textwissenschaft. Hg. von Wolfgang Frier und Gerd Labroise. – Amsterdam: Rodopi 1979. S. 59–109.
- [Kienpointer 1986] Kienpointer, Manfred: *Topische Sequenzen in argumentativen Dialogen*. – In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 14 (1986), 321–355.
- [Kienpointer 1992] –: *Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. – Stuttgart: Frommann – Holzboog 1992.
- [Kindt 1984] Kindt, Walther: *Zur interaktiven Behandlung von Deutungen in Therapiegesprächen*. – In: Journal of Pragmatics 8 (1984), 731–751.
- [Kindt 1988] –: *Zur Logik von Alltagsargumentationen*. – In: Fachberichte Informatik 3 (1988). Universität Koblenz.
- [Kindt 1992] –: *Organisationsformen des Argumentierens in natürlicher Sprache*. In: Pädagogisches Argumentieren. Hg. von Harm Paschen und Lothar Wigger. – Weinheim: Deutscher Studienverlag S. 95–120.
- [Kindt/Weingarten 1984] –/Weingarten, Rüdiger: *Verständigungsprobleme*. – In: Deutsche Sprache 12 (1984), 193–218.
- [Kindt/Laubenstein 1991] –/Laubenstein, Uwe: *Reparaturen und Koordinationskonstruktionen*. KoLiBri-Arbeitsbericht der Forschergruppe Kohärenz 20. Bielefeld: Universität Bielefeld.
- [Klein 1981] Klein, Wolfgang: *Logik der Argumentation*. – In: Dialogforschung. Hg. von Peter Schröder und Hugo Steger. – Düsseldorf: Schwann 1981. S. 226–264.

[Lakoff 1990] Lakoff, George: *Metaphor and War. The Metaphor System Used to Justify War in the Gulf.* – Zirkular verschickt am 30.12.1991.

[Lumer 1990] Lumer, Christoph: *Praktische Argumentationstheorie: theoretische Grundlagen, praktische Begründung und Regeln wichtiger Argumentationsarten.* – Braunschweig: Vieweg 1990.

[Schank/Schwitalla 1987]: *Konflikte in Gesprächen.* Hg. von Gerd Schank und Johannes Schwitalla. – Tübingen: Narr 1987

[Stein 1991] *Nachgedanken zum Golfkrieg.* Hg. von Georg Stein. – Heidelberg: Palmyra 1991.

[Vogt 1984] Vogt, Rüdiger: *Demonstranten und Chaoten. Zum Zusammenhang von Bezeichnungskonventionen und ideologischen Einstellungen in Presseberichten.* – In: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 29 (1984), 118–144.

[Zimmermann 1975] Zimmermann, Hans Dieter: *Die politische Rede.* 3. Aufl. – Stuttgart: Kohlhammer 1975.

Eingereicht am 23.11.1992.